



GRÜNE Schweiz

Lucie Jakob

Waisenhausplatz 21

lucie.jakob@gruene.ch

031 511 93 21

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Per Mail an: ep27@efv.admin.ch

Bern, 29.04.2025

Vernehmlassung zum Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der im Titel genannten Vernehmlassung haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Einladung und äussern uns im Folgenden zu den für uns wichtigsten Punkten.

Das sogenannte Entlastungspaket 2027, in Tat und Wahrheit ein umfassendes Abbauprogramm des Bundesrates, ist ein umfangreiches Paket mit insgesamt 59 Massnahmen zur Entlastung des Bundeshaushalts, wovon 36 eine Gesetzesänderung bedingen. Der Grossteil der Massnahmen ist auf der Ausgabenseite zu verorten, also Kürzungen und Streichungen von Mitteln und Leistungen oder Kostenverschiebungen an die Kantone und Gemeinden.¹ Insgesamt sollen so in den Jahren 2027 und 2028 6.3 Milliarden Franken eingespart werden. Dem steht die massive Erhöhung des Armeebudgets gegenüber, die das Sparpaket überhaupt erst nötig macht. In der vorliegenden Vernehmlassungsantwort werden sich die GRÜNEN sowohl zu den im Fragebogen aufgeführten Massnahmen mit Gesetzesänderung äussern als auch zu den restlichen, ohne Gesetzesänderung umsetzbaren Punkten.

Grundsätzliche Einschätzung

Mit dem Entlastungspaket 2027 wurden massive Einsparungen in den Bereichen Umwelt, Bildung und soziale Wohlfahrt angekündigt. Das Ausmass dieser Massnahmen, gerade im Bereich Umwelt- und Klimaschutz, ist verheerend: So ist bei deren Umsetzung das Erreichen

¹ Der Bundesrat hat Anfang 2024 eine umfassende [Aufgaben- und Subventionenüberprüfung](#) in Auftrag gegeben, die durch eine Expertengruppe unter der Leitung des ehemaligen Finanzdirektors Serge Gaillard durchgeführt wurde. Von den ursprünglich rund 70 Massnahmen hat der Bund einen Grossteil praktisch unverändert übernommen (vgl. [Tabelle Übersicht Massnahmen](#), 29.1.2025).

der Klimaziele akut gefährdet, worauf das BAFU und das BFE im Expertenbericht hinweisen und was auch im erläuternden Bericht selbst erwähnt wird.² Alle zuvor genannten Bereiche, die für eine gerechte und langfristig stabile Gesellschaft essenziell sind, mussten in den letzten Jahren zudem bereits mehrere Querschnittskürzungen und Abbauentscheide hinnehmen. Die GRÜNEN betrachten es als kurzfristig und rückwärtsgewandt, hier nun noch mehr Geld einzusparen: Ohne Investitionen in Klimaschutz und soziale Kohäsion wird die Schweiz weder die mit dem Klimawandel einhergehenden Herausforderungen bewältigen noch die steigende Ungleichheit in der Bevölkerung bekämpfen können. Ohne weitere Investitionen in Hochschulen und Forschung wird sie ihre Position als Innovationsstandort verlieren, was wiederum ein Wirtschaftsnachteil ist, während sich gleichzeitig der Fachkräftemangel zusätzlich verschärft wird. Das Sparpaket ist zutiefst unsozial und betrifft insbesondere die Schwächsten der Gesellschaft, wenn bei den Pauschalen für die Asylsozialhilfe, der Unterstützung von Behindertenorganisationen und den Beiträgen an Prämienverbilligungen gekürzt wird sowie die Preise für den öffentlichen Verkehr erhöht werden. Dies gefährdet den Zusammenhalt der Schweiz, beispielsweise wenn die Rand- oder Bergregionen durch die Streichung von ÖV-Linien noch stärker abgeschnitten werden oder aufgrund von Naturkatastrophen gar unbewohnbar werden. Deutlich wird bei näherer Betrachtung der Massnahmen zudem, dass diese auf lange Frist dem Bund Mehrkosten bringen werden, also das Gegenteil der gewünschten Wirkung des Pakets. Die fehlenden Investitionen von heute sind die Schulden von morgen und belasten somit die nachfolgenden Generationen. Gerade in der jetzigen Weltlage und im Lichte der kürzlich angekündigten Zölle durch den amerikanischen Präsidenten ist jedoch eine vorausschauende Finanz- und Wirtschaftspolitik unverzichtbar. Das Entlastungspaket ist also auch aus wirtschaftspolitischer Sicht unklug, denn um die Schweizer Wirtschaft vor den negativen Auswirkungen dieser politischen Entwicklungen zu schützen, braucht es nicht Kürzungen und Streichungen, sondern vorausschauende Investitionen in Forschung, Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz. Ansonsten werden unsere Kinder die Leidtragenden sein, konfrontiert mit weniger Chancengerechtigkeit, weniger Perspektiven, mehr Unsicherheit und den gravierenden Folgen der Klimaerhitzung.

Besonders stossend am Entlastungspaket ist, dass dieses lediglich aufgrund der massiven und nicht gegenfinanzierten Erhöhung des Armeebudgets nötig ist. Die GRÜNEN haben sich im parlamentarischen Prozess gegen mehr Mittel für die Armee ausgesprochen und sind entsprechend nicht damit einverstanden, dass dafür nun Umwelt, Bildung und der Sozialbereich sparen müssen. Insbesondere die Reduktion der IZA-Ausgaben ist in diesem Kontext als kontraproduktiv zu werten, denn für die Gewährleistung der Sicherheit der Schweiz, aber auch zur Beilegung und Verhinderung von Konflikten weltweit, ist eine reine Aufstockung des Schweizer Militärs und dessen Waffenbestand weder zielführend noch ausreichend. Angesichts der jüngsten Beschaffungsskandale im VBS sowie aufgrund der Tatsache, dass die Schweiz bislang über kein glaubwürdiges Sicherheitskonzept verfügt, ist ein Blankocheck an die Armee sehr unvorsichtig.

Dazu kommt: Die Schweiz weist im internationalen Vergleich eine äusserst niedrige Schuldenquote auf. Die massiven Sparmassnahmen sind daher obsolet, vielmehr wäre eine Reform der rigiden Schuldenbremse notwendig, wie es die GRÜNEN bereits seit längerem fordern.³ Die Schweizer Schuldenbremse ist die strengste der Welt und verhindert in ihrer momentanen Ausgestaltung kluge Investitionen zur richtigen Zeit und führt zu einem unnötigen

² Erläuternder Bericht, S. 60.

³ Vgl. die Medienmitteilungen der GRÜNEN Schweiz vom [Januar 2024](#) sowie [September 2024](#).

und letztlich volkswirtschaftlich schädlichen Spardruck. Das Verfassungsziel wird verfehlt: Es würde verlangen, dass die Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht bleiben. Stattdessen findet eine laufende Reduktion des bereits tiefen Schuldenstands statt. Ein wesentliches Problem besteht darin, dass die Schuldenbremse auf Ebene Budget zur Anwendung kommt und geplante, aber schliesslich nicht getätigte Ausgaben nicht im nächsten Budget investiert werden dürfen – und dies obwohl bekannt ist, dass strukturell jedes Jahr bis zu einer Milliarde Franken anfallen, die nicht ausgegeben werden. Der Schuldenabbau ist aufgrund des tiefen Zinsniveaus letztlich eine wirtschaftlich sehr kontraproduktive Investition.

Die GRÜNEN sind zudem der Meinung, dass nicht einzig über Sparmassnahmen diskutiert werden darf, sondern der Bund ebenfalls neue Einnahmequellen in Betracht ziehen soll. Dieser Ansicht ist zu grossen Teilen (54%) auch die Bevölkerung, wie die Umfrage «Barometer Finanzpolitik» des Meinungsforschungsinstituts *sotomo* zeigt.⁴ Im vorgeschlagenen Massnahmenpaket wird diese Möglichkeit zur Entlastung des Bundeshaushaltes jedoch kaum genutzt: Lediglich eine Massnahme ist klar auf der Einnahmenseite zu verorten (2.35 «*höhere Besteuerung von Kapitalbezügen der 2. und 3. Säule*»), obwohl sogar der Expertenbericht andere Möglichkeiten vorgeschlagen hat. Von den GRÜNEN wurden bereits mehrere Vorstösse eingereicht, wie solche einnahmenseitigen Massnahmen aussehen könnten, beispielsweise mit den Vorstössen für die Abschaffung des Steuerprivilegs auf Flugzeugtreibstoffe ([20.3383](#), [22.3784](#)), für eine Steuer auf Luxusgüter ([24.3705](#)), eine Finanztransaktionssteuer ([24.3106](#)) oder eine moderate Erbschaftssteuer ([24.3376](#)). Entsprechend fordern die GRÜNEN den Bundesrat dazu auf, die Mehrausgaben des Bundes prioritär mit neuen Steueransätzen oder dem Verzicht auf Steuererleichterungen für Gutverdienende und Grosskonzerne zu kompensieren. Besonders unverständlich ist, dass die Einführung der Grundstücksgewinnsteuer auf Bundesebene nicht weiterverfolgt wurde, obwohl diese sogar im Expertenbericht als Massnahme auf der Einnahmenseite vorgeschlagen wurde. Diese bildet momentan eine ungerechte und ungerechtfertigte Steuerausnahme, denn Gewinne auf Grundstücksverkäufe sind zwar Einkommen, werden auf Bundesebene jedoch im Gegensatz zum restlichen Einkommen natürlicher und juristischer Personen nicht besteuert. Diese Lücke zu schliessen ist aus Sicht der GRÜNEN dringend notwendig, um die horizontale Steuergerechtigkeit zu fördern. Es ist nicht akzeptabel, dass bescheidene Privatpersonen unter dem Sparpaket leiden, während Spekulation bevorteilt wird.

Am vorgelegten Sparpaket ist nicht nur der Fokus auf gewisse Bereiche stossend, sondern auch die Tatsache, dass einige der beschlossenen Kürzungen und Streichungen kürzlich erfolgte Parlaments- und Volksentscheide missachten. Dies ist unter anderem der Fall bei der Massnahme 2.11 zur Kürzung der indirekten Presseförderung, deren Unterstützung erst vor kurzer Zeit vom Parlament beschlossen wurde, sowie bei den Massnahmen im Zusammenhang mit dem CO₂-Gesetz, namentlich Massnahme 2.20 zum Verzicht auf Förderung des grenzüberschreitenden Personenschienenverkehrs und 2.21 zum Teilverzicht auf Förderung alternativer Antriebssysteme für Busse und Schiffe sowie die Streichung des Gebäudeprogramms im Rahmen der Massnahme 2.31 «*Priorisierungen bei Subventionen für Klimapolitik*».⁵ Durch das Klimaschutzgesetz sollte explizit mehr Geld für Gebäudesanierungen zur Verfügung stehen und nicht das aktuelle Gebäudeprogramm ersetzt werden. Die Massnahme ist daher nicht nur fragwürdig, sondern tatsächlich anti-demokratisch. Auch die Massnahme 2.16 zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung im Bereich der

⁴ Barometer Finanzpolitik, 2024: S. 9.

⁵ Vgl. die [Medienmitteilung](#) des Parlaments vom 4. März 2025.

obligatorischen Krankenpflegeversicherung fällt in diese Kategorie, da der Bundesrat hier entgegen dem Entscheid des Parlaments, keine Konsequenzen bei Nichterreichung der Kostenziele festzulegen, mit dem Entlastungspaket nun konkrete Tatsachen geschaffen hat.

Auch die Behauptung, dass alle Bereiche ihren Teil zum Sparpaket beitragen müssten (Opfersymmetrie), ist nicht nur konzeptionell falsch, sondern auch effektiv nicht erfüllt. Die Bereiche Umwelt, Soziales und Bildung sind mit mehr als 900 bzw. knapp 700 und beinahe 800 Millionen Einsparungen mit Abstand am stärksten betroffen – und dies sind lediglich die Beträge für das Jahr 2028. Schon nur die Kürzung des Bundesbeitrages an die Asylsozialhilfe macht 15% des gesamten Sparvolumens des Massnahmenpakets aus und ist damit der grösste Sparposten, während andere Bereiche wie die Landwirtschaft, das Bundesamt für Justiz oder für Zoll und Grenzsicherheit nur wenige Einsparungen hinnehmen müssen. Dies ist ein krasses Ungleichgewicht und verdeutlicht, dass **das Paket nicht einer technokratischen, finanzpolitischen Logik folgt, sondern Ausdruck einer rückwärtsgewandten und zukunftsfeindlichen Politik des Bundesrates ist**. Augenfällig wird dies bei konkreten Massnahmen wie beispielsweise der im Sparpaket komplett gestrichenen Förderung der Nachtzüge (Massnahme 2.20): All dieses Geld geht aufgrund von Bestimmungen des CO₂-Gesetzes an die Fluggesellschaften, der Bund spart mit dieser Massnahme also keinen Rappen und fördert gleichzeitig klimaschädliche Transportmittel.⁶ Auch bei den Kürzungen im Bereich der Sportförderung wird die Einseitigkeit besonders sichtbar: Bei den J&S-Angeboten wird gespart, beim von der Armee getragenen RS-Spitzensport hingegen nicht. **Dieses Entlastungspaket ist in der Realität ein politisches konservatives Programm, das die Bundespolitik stark beeinflussen wird.**

Als kritisch zu werten ist ebenfalls die Benennung diverser Massnahmen, die die einschneidenden Auswirkungen auf die Bevölkerung mit Euphemismen verschleiern. Dies ist beispielsweise bei den Punkten «*Stärkung der Nutzerfinanzierung im Bereich ...*» (1.5.6, 1.5.7, 2.4) oder bei den Formulierungen «*Dämpfung der Ausgabenentwicklung im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung*» (2.16) und «*Priorisierungen bei Subventionen für Klimapolitik*» (2.31) ersichtlich. Dass sich der Bund hier in mehreren zentralen Bereichen aus der Verantwortung nimmt und daraus Erhöhungen der Studiengebühren, weniger Prämienverbilligungen und weniger Klimaschutzbemühungen resultieren, erschliesst sich nicht direkt aus der Bezeichnung dieser Massnahmen. Diese fehlende Transparenz gegenüber den Konsequenzen für die Bevölkerung ist unehrlich.

Die GRÜNEN lehnen das vorliegende Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt ab und fordern den Bundesrat auf, gänzlich auf dieses zu verzichten. Es ist ein rückwärtsgewandtes, einseitiges Sparprogramm, dass bei den gesellschaftlich relevantesten Bereichen kürzt und die vulnerabelsten Bevölkerungsgruppen trifft, nur um die Armee zu finanzieren.

Beurteilung einiger ausgewählter Massnahmen

Im Folgenden werden einige der aus Sicht der GRÜNEN besonders einschneidenden Massnahmen in den Bereichen Umwelt, Bildung und soziale Wohlfahrt in ihren Auswirkungen analysiert und kontextualisiert. Die Beurteilung der restlichen Massnahmen erfolgt anhand des zur Verfügung gestellten Fragebogens. Da dieser nur diejenigen Massnahmen mit Gesetzesänderung abbildet, werden in den folgenden Abschnitten auch Massnahmen **ohne**

⁶ Vgl. Artikel in der WOZ «[Geld für Flüge statt für Züge](#)» vom 27. März 2025.

Gesetzesänderung behandelt, denn auch diese haben teilweise weitreichende Auswirkungen. Es ist für die GRÜNEN aus staatspolitischen Gründen nicht nachvollziehbar, dass der Bundesrat bei diesen Massnahmen faktisch auf eine Vernehmlassung verzichtet.

Umwelt- und Klimaschutz

Obwohl die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Klimaerhitzung zu den drängendsten Problemen unserer Zeit gehören, wird mit dem Sparpaket in diesem Bereich massiv gekürzt (knapp 1 Milliarde Franken im Jahr 2028). Dies schadet einerseits der Natur und über kurz oder lang auch der Bevölkerung, indem beispielsweise Naturkatastrophen und extreme Wetterphänomene häufiger auftreten. Vor allem aber ist das Vorgehen auch finanzpolitisch äusserst kurzsichtig: Alle Studien diesbezüglich zeigen einhellig, dass Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels volkswirtschaftlich deutlich günstiger ausfallen als die anschliessende Reparatur von Schäden an Mensch und Natur.

Der einschneidendste Sparposten ist der Stopp des bisher erfolgreichen Gebäudeprogramms im Rahmen der Massnahme 2.31 *«Priorisierungen bei Subventionen für Klimapolitik»*. Damit verkennt der Bundesrat die zentrale Bedeutung des Gebäudesektors auf den Klimawandel, der für ca. 25% der Treibhausgasemissionen und ca. 40% des Energieverbrauchs der Schweiz verantwortlich ist. Aufgrund des Gebäudeprogramms stieg die energetische Sanierungsrate von Gebäuden zwischen 2009 und 2019 von 0.5 auf 1.5 Prozent und bei den Heizsystemen wurde eine Steigerung von 27 auf 85 Prozent an erneuerbaren Anlagen erreicht. Diese positiven Entwicklungen werden durch einen Stopp des Programms abrupt gebremst. Insgesamt wird das Erreichen der Klimaziele mit den massiven Kürzungen aufgrund der Massnahme 2.31 unrealistisch. Dazu kommt, dass der Bundesrat damit den positiven Volksentscheid zum Klimaschutzgesetz missachtet, das zusätzliche Massnahmen im Gebäudebereich gefordert hatte. Es war die klare Absicht des Parlaments und der Stimmbevölkerung, deutlich mehr Fördergelder in diesen Bereich fliessen zu lassen und nicht, das aktuelle Gebäudeprogramm zu ersetzen.

Schwer wiegen ebenfalls die Kürzungen bei den Verbundaufgaben im Umweltbereich (1.5.16). Dabei werden unter anderem Gelder für den Schutz vor Naturgefahren sowie vor Hochwasser und Lärm gestrichen. Am gravierendsten bei diesem Punkt sind jedoch die Kürzungen beim Kredit Natur und Landschaft sowie bei der Revitalisierung, da dies die Biodiversitätsförderung massiv beeinträchtigt. Schon jetzt hinken die Finanzierung und die Umsetzung der Vorgaben in diesen Bereichen hinter den Gesetzesbestimmungen hinterher – ein Defizit, das sich mit den Kürzungen noch erweitern wird. Problematisch sind ebenfalls die geplanten Kürzungen im Bereich der Ressortforschung (1.5.9) sowie der Verzicht auf die Förderung im Bereich Bildung und Umwelt (2.27). Die Ressortforschung fördert insbesondere Projekte im Bereich Energie, Verkehr und Umwelt, die aufgrund der bevorstehenden Umwälzungen durch die Klimaerhitzung eigentlich an Wichtigkeit gewinnen müssten. Investitionen in diesen Bereich zu reduzieren, zeugt von einer wenig vorausschauenden Politik. Dasselbe gilt für den Verzicht auf Bildung im Umweltbereich: Je früher die Gesellschaft lernt, mit ihren Ressourcen sparsam und verantwortungsvoll umzugehen, desto weniger Schäden entstehen, die mit viel Geld und Aufwand behoben werden müssen. Dies spart auf lange Sicht mehr ein als der Bundeshaushalt mit der Kürzung dieser Massnahme kurzfristig entlastet wird.

Auch einige der Massnahmen, die nicht primär den Umweltbereich betreffen, wirken sich negativ auf diesen aus: So trifft der Verzicht auf Entschädigungen an Einsatzbetriebe von Zivildienstpflichtigen (2.3) zu grossen Teilen auch Projekte im Umwelt- und Naturschutzbereich sowie in der Landschaftspflege, die unter anderem einen wichtigen Beitrag

an die Erhaltung der Biodiversität leisten. Dasselbe gilt für die Massnahme 1.5.15 «*Erhöhung des Kostendeckungsgrads im regionalen Personenverkehr*», denn diese wird aller Voraussicht nach eine Tarifierhöhung für die Nutzer*innen und somit eine Attraktivitätsverminderung des öffentlichen Verkehrs zur Folge haben. Eine Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs hin zum öffentlichen Verkehr wäre jedoch zwingend notwendig, um die umweltpolitischen Ziele zu erreichen, die sich die Schweiz gesetzt hat. Abgesehen davon betreffen diese Massnahmen im Endeffekt insbesondere die weniger dicht besiedelten Gebiete, die bereits jetzt unter einem wenig ausgebauten ÖV-Angebot und der Streichung von Linien leiden, weshalb die GRÜNEN diese Massnahme auch aus sozialpolitischen Gründen ablehnen.

Insgesamt sind die Kürzungen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz nach Meinung der GRÜNEN kurzsichtig. Sie werfen die Schweiz um Jahre zurück, verursachen langfristig Mehrausgaben und wälzen die Verantwortung auf die nachkommenden Generationen ab. Wie bei der Gesundheit gilt auch bei der Klimapolitik «Vorbeugen ist besser als Heilen». Das Risiko von Naturkatastrophen könnte mit gezielten Investitionen in Klima- und Umweltschutz verringert werden, was sich auch finanziell lohnt. Mit dem vorliegenden Sparpaket verpasst der Bundesrat diese Chance und riskiert zudem das Erreichen der Klimaziele.

Die GRÜNEN beantragen aus diesen Gründen die Ablehnung sämtlicher Massnahmen im Umweltbereich gemäss den beiden Fragebogen im Anhang.

Bildung

Massive Einsparungen stehen auch dem Bereich Bildung bevor. Der Bundesrat schädigt damit den Innovations- und Bildungsstandort Schweiz nachhaltig, denn zahlreiche Stellen insbesondere für Nachwuchsforschende müssten gestrichen werden und für risikoreiche, aber wegweisende Forschung würden weniger Mittel zur Verfügung stehen. Auch die Förderung der Chancengleichheit sowie der Gleichstellung wird verringert, was den sozialen Zusammenhalt mindert und einer langfristig stabilen und gerechten Gesellschaft abträglich ist.

Besonders schwer wiegt für die Hochschulen und Forschungsinstitutionen die Stärkung der Nutzerfinanzierung (1.5.6 und 2.4), was einer Kürzung der Grundbeiträge an die Hochschulen gleichkommt, sowie der Verzicht auf die projektgebundenen Beiträge (2.5). Erstere Massnahme hätte mindestens eine Verdoppelung der Studiengebühren zur Folge, was den Zugang zum Studium für Personen aus einkommensschwachen Haushalten erschwert und massive Zusatzkosten im Stipendienbereich für die Kantone verursachen würde. Die Schweiz würde sich so dem angloamerikanischen Bildungssystem annähern, eine Entwicklung, die die GRÜNEN vehement ablehnen. Die ETH betont zudem, dass sie die wegfallenden Beträge nicht allein durch eine Erhöhung der Studiengebühren kompensieren könnte, sondern zusätzlich Aufgaben und Leistungen abbauen müsste. Der Verzicht auf die projektgebundenen Beiträge hätte ebenfalls massive Auswirkungen auf die Chancengerechtigkeit, da aus diesem Topf unter anderem Projekte zur Förderung weiblicher Professuren oder der Inklusion beeinträchtigter Menschen finanziert werden. Die Förderung der Gleichstellung ist sowohl auf Verfassungs- wie auch Gesetzesebene verankert und muss in allen Bereichen vorangetrieben werden. Vor diesem Hintergrund widerspricht die Streichung der projektgebundenen Beiträge dem Gesetzesauftrag.

Mit den Kürzungen der Beiträge an den SNF (1.5.8) sowie an innosuisse (2.6) werden Forschung und Innovation in der Schweiz stark gebremst. Es müssten rund 1500 Stellen für junge Forschende gestrichen und ca. 500 Forschungsprojekte abgelehnt werden, deren Resultate für Gesellschaft und Wirtschaft von grossem Interesse wären. Abnehmen würde

dadurch ebenfalls die wertvolle Grundlagenforschung, die häufig nicht einen unmittelbaren Profit verspricht und daher kaum von privaten Trägern finanziert wird. Darüber hinaus wäre der Forschungsbereich von den «Massnahmen im Eigenbereich» (1.5.23) empfindlich betroffen, wie die Erfahrungen im laufenden Jahr 2025 zeigen: Gelder für Auftragsforschung müssten noch drastischer gekürzt werden.

Es sind jedoch nicht nur Hochschulbildung und Forschung von den Kürzungen und Streichungen im Bildungsbereich betroffen: Auch die Berufs- und Weiterbildung müsste Einbussen hinnehmen, was dem Schweizer Arbeitsmarkt, aber auch der Gesellschaft insgesamt schadet. In diesem Bereich zu sparen, befeuert den bestehenden Fachkräftemangel, denn Weiterbildungen werden in Zukunft aufgrund neuer Technologien und Arbeitskonzepte weiter an Bedeutung gewinnen. Der Wegfall des Bundesbeitrags verschlechtert zudem die Chancengerechtigkeit, obwohl eine Investition gerade dort besonders wichtig wäre, da bereits jetzt der Unterschied in der Weiterbildungsbeteiligung zwischen Gut- und Geringqualifizierten gemäss dem Bildungsbericht 2023 in keinem Land Europas so gross ist wie in der Schweiz.⁷ Schliesslich gilt auch bei den Massnahmen im Berufs- und Weiterbildungsbereich: Sie führen direkt und indirekt zu erheblichen volkswirtschaftlichen und sozialen Mehrkosten.

Im weiteren Sinne zum Bildungsbereich zählt auch die Kultur, die indirekt von vielen der Massnahmen im Bildungsbereich betroffen ist. Doch auch ganz direkt wird bei der Kultur gekürzt: Das Budget von Pro Helvetia sowie bei der Baukultur soll verkleinert werden und zusätzlich dazu werden die Mittel für die notabene durch das Parlament bereits genehmigte Kulturbotschaft eingefroren, was auf lange Sicht einer Kürzung gleichkommt. Kultur ist jedoch kein Luxus, sondern leistet einen wichtigen Beitrag an den Zusammenhalt in der Bevölkerung, stärkt die Demokratie und fördert eine nachhaltige Gesellschaft. Sie ist daher für eine längerfristig stabile Schweiz essenziell.

Mit den Massnahmen im Bildungsbereich wird die Schweiz ihren Spitzenplatz in Forschung und Innovation verlieren, was der Schweizer Wirtschaft massiv schaden wird. Dabei wäre gerade in der jetzigen Weltlage eine Förderung der Wissenschaft ein Zeichen vorausschauender Politik. Doch der Bundesrat betreibt mit dem Sparpaket auch im Bereich Bildung eine kurzsichtige Kettensägenpolitik, die sich langfristig gesehen negativ auf den Bundeshaushalt auswirken wird. Durch die vorgeschlagenen Einsparungen wird der bereits akute Fachkräftemangel weiter verschärft, was der Wirtschaft nicht zuträglich ist – genauso wenig wie die fehlenden Investitionen in zukunftsweisende Startups. Geschmälert wird darunter auch die im Bereich Bildung und Forschung essenzielle internationale Vernetzung der Schweiz. Das fehlende Grundlagenwissen, der erschwerte Zugang und die schlechtere Qualität der Ausbildung werden langfristig zudem die Stabilität und den Zusammenhalt der Gesellschaft schwächen.

Die GRÜNEN beantragen aus diesen Gründen die Ablehnung sämtlicher Massnahmen im Bildungsbereich gemäss den beiden Fragebogen im Anhang.

Sozialbereich

Mit der sozialen Wohlfahrt betreffen die Sparmassnahmen einen für die Stabilität und Gerechtigkeit in der Gesellschaft sehr sensiblen Bereich. Einsparungen in diesem Bereich sind ein unsolidarischer Abbau auf Kosten der vulnerabelsten Personen der Schweizer

⁷ [Bildungsbericht](#) 2023, S. 348-349.

Bevölkerung, was eine nachhaltige Bekämpfung von Armut verhindert und die Ungleichheit vergrössert.

Am meisten eingespart wird bei der Globalpauschale an die Asylsozialhilfe (2.17) – diese Massnahme macht 15 Prozent des gesamten Sparpakets aus. Auch hier drohen langfristig gesehen Mehrausgaben, denn Integration insbesondere in die Erwerbstätigkeit lässt sich nicht erzwingen. Wenn der Bund nun die Globalpauschale nur noch während vier Jahren zahlt, hat dies in den Kantonen einen Leistungsabbau in der Asylsozialhilfe zur Folge. Einerseits würden dadurch deren bereits jetzt deutlich unter dem Existenzminimum liegenden Ansätze noch verringert und andererseits käme es zu höheren Sozialhilfekosten, da weniger Geflüchtete eine langfristig stabile und finanziell ausreichende Arbeitsstelle antreten werden. Zudem ist diese Massnahme eine alleinige Kostenverschiebung hin zu den Kantonen, was im Endeffekt keine wirklichen Einsparungen bedeutet. Der Bundesrat bricht mit der Kürzung bei der Globalpauschale ebenfalls einseitig die erst vor Kurzem vom Bund und den Kantonen beschlossene gemeinsame Integrationsstrategie.

Weiter schafft der Bundesrat mit der Massnahme 2.16 *«Dämpfung der Ausgabenentwicklung im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung»* Tatsachen, die Parlamentsbeschlüssen zuwiderlaufen. Im Rahmen der Debatte zum Gegenvorschlag der Kostenbremse-Initiative wurden für den Fall, dass die Kosten- und Qualitätsziele nicht erreicht werden, vom Parlament bewusst keine Vorgaben gesetzlich festgehalten. Nun wird durch das Sparpaket jedoch bewirkt, dass bei einem Nichterreichen der Ziele entweder die Kantone mehr bezahlen müssen oder weniger Geld für Prämienverbilligungen zur Verfügung steht. Diese Massnahme hat somit auch direkte Auswirkungen auf die Bevölkerung, wobei wiederum hauptsächlich einkommensschwache Haushalte noch stärker belastet werden.

Die vorgeschlagenen Einsparungen im Sozialbereich erfolgen auf dem Buckel der Schwächsten und verstärken bestehende Ungleichheiten. Für eine Schweiz, die ihre Verantwortung wahrnimmt und Sorge zu allen Mitgliedern der Gesellschaft trägt, sind diese Einsparungen nicht zu verantworten. Es geht nicht an, dass die militärische Sicherheit auf Kosten der sozialen Sicherheit erkaufte wird. Auch hier gilt, dass die vorgesehenen Einsparungen nur kurzfristig eine Entlastung für den Bundeshaushalt bieten, auf lange Sicht jedoch Mehrkosten verursachen.

Die GRÜNEN beantragen aus diesen Gründen die Ablehnung sämtlicher Massnahmen im Sozialbereich gemäss den beiden Fragebogen im Anhang.

Fazit

Das vom Bundesrat vorgeschlagene Sparpaket ist geprägt von einer kurzsichtigen, rückwärtsgewandten Politik, die die aktuellen Herausforderungen verkennt. Ohne Investitionen in den Klima- und Umweltschutz, die Bildung und die soziale Wohlfahrt werden die Ausgaben für den Bund in Zukunft weit höher sein und daher die Wirkung der Sparmassnahmen verpuffen. Diese Last wird den zukünftigen Generationen weitergegeben.

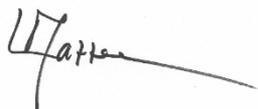
Die Sparmassnahmen vernachlässigen die Bekämpfung der Klimakrise und schaden Natur, Mensch und Umwelt. Sie gefährden die Stabilität der Gesellschaft, schwächen den Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz und untergraben die Bemühungen, um Chancengerechtigkeit zu fördern und Ungleichheit zu verringern. Unser Land wird dadurch zum Teil um Jahrzehnte zurückgeworfen.

Zudem ist stossend – und staatspolitisch unverständlich – dass in der Vernehmlassung keine Bewertung jener Massnahmen vorgesehen ist, die keiner Gesetzesänderung bedürfen, obwohl diese genauso einschneidend sind wie diejenigen mit Gesetzesänderungen. Das gilt ganz besonders für die Massnahmen im Eigenbereich, die das Bundespersonal massiv unter Druck setzen und gleichzeitig externe Auftragsvergaben verunmöglichen. Bereits erfolgte Querschnittskürzungen werden potenziert und der Bund könnte zahlreiche Aufgaben, die ihm Verfassung und Gesetze zuweisen, nicht mehr erfüllen.

Die GRÜNEN lehnen aus den oben dargelegten Gründen das Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt insgesamt ab und fordern den Bundesrat dazu auf, diese Vorlage nicht weiterzuverfolgen. Die jeweilige Position der GRÜNEN zu den einzelnen Massnahmen ist in den angehängten Fragebogen ersichtlich.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Lisa Mazzone
Präsidentin



Lucie Jakob
Fachsekretärin

Anhang 1: Massnahmen ohne Gesetzesänderung

1.5.1 Einfrieren der IZA-Ausgaben bis 2030	Ablehnung	Die Schweiz verliert ihre Glaubwürdigkeit als Hort internationaler Organisationen und Vermittlerin, wenn sie ihre Mittel an die internationale Zusammenarbeit reduziert. Zudem schwächt dies die globale Sicherheit, da die Ungleichheit steigt, was Konflikte befeuert.
1.5.2 Kürzung im Eigen- und Transferbereich des EDA	Ablehnung	Es schwächt die internationalen Beziehungen unseres Landes und unser Ansehen massiv, wenn bei Projekten zugunsten des Völkerrechts, bei den Auslandschweizerbeziehungen und im Aussennetz des EDA gestrichen wird.
1.5.3 Verschiebung der Zuständigkeit für das Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Museum in Genf	Ablehnung	
1.5.4 Verzicht auf Abgeltung an diplomatische Gruppe der Genfer Polizei	Ablehnung	
1.5.5 Verzicht auf polizeiliche Massnahmen des BAZG an Flughäfen	Zustimmung	Es ist richtig, dass die Empfehlung des EFK-Berichts 2021 umgesetzt wird.
1.5.6 Stärkung der Nutzerfinanzierung im ETH-Bereich	Ablehnung	Siehe Vernehmlassungsantwort, Abschnitt Bildung
1.5.7 Stärkung der Nutzerfinanzierung im	Ablehnung	Internationale Vernetzung ist ein zentraler Bestandteil von Bildung und Forschung. Die Schweiz

Bereich internationale Mobilität Bildung		isoliert sich mit dieser Massnahme und verliert schlimmstenfalls den Zugriff auf wissenschaftliche Erkenntnisse aus anderen Ländern, was den Innovationsstandort Schweiz gefährdet.
1.5.8 Kürzung des Bundesbeitrags für den SNF	Ablehnung	Siehe Vernehmlassungsantwort, Abschnitt Bildung
1.5.9 Kürzung der Ressortforschung	Ablehnung	Siehe Vernehmlassungsantwort, Abschnitt Bildung
1.5.10 Massnahmen im Kulturbereich	Ablehnung	Der Bund leistet in der Kulturförderung nur einen Bruchteil des Engagements von Kantonen und Gemeinden. Eine Erhöhung wäre in mehreren Feldern angezeigt. Das Einfrieren der Gelder schadet insbesondere dem Filmschaffen, dem Sprachaustausch sowie den nationalen Forschungs- und Sammelaufträgen.
1.5.11 Kürzung der Finanzhilfen für die Sportförderung	Ablehnung	Die GRÜNEN erachten u.a. als falsch, dass damit die Beiträge zur Unterstützung der Sportverbände für die Nutzung der NASAK-Anlagen sowie die Kürzung der J&S-Beiträge gestrichen werden. Das würde den Breitensport schwächen.
1.5.12 Kürzung der Subventionen für ausserschulische Kinder- und Jugendförderung	Ablehnung	Das Parlament hat sich in der Budgetdebatte 2025 klar gegen eine solche Kürzung ausgesprochen. Die Verbände der ausserschulischen Kinder- und Jugendarbeit tragen zusätzliche Aufgaben zu Gunsten der psychischen Gesundheit von

		<p> jungen Menschen, was eher eine Erhöhung rechtfertigen würde.</p>
<p>1.5.13 Kürzung der Beiträge für Hauptstrassen</p>	<p>Ablehnung</p>	<p>Die Massnahme würde nicht den allgemeinen Bundeshaushalt entlasten, da die Bundesbeträge aus den Mineralölsteuern bezahlt werden. Deren Erlöse sollen nicht noch mehr in überdimensionierte Nationalstrassenprojekte fliessen.</p>
<p>1.5.14 NAF: Kürzung der Einlagen</p>	<p>Zustimmung</p>	<p>Das Nein der Stimmbevölkerung zum Ausbauschritt 2023 ist eine Aufforderung zur Priorisierung mit reduzierten Einlagen. Die Einsatzmöglichkeiten der NAF-Gelder sollen darüber hinaus auf weitere Finanzierungen als Folge von Verkehrsbelastungen ausgeweitet werden.</p>
<p>1.5.15 Erhöhung des Kostendeckungsgrads im regionalen Personenverkehr</p>	<p>Ablehnung</p>	<p>Siehe Vernehmlassungsantwort, Abschnitt Umwelt- und Klimaschutz</p>
<p>1.5.16 Kürzung bei den Verbundaufgaben im Umweltbereich</p>	<p>Ablehnung</p>	<p>Siehe Vernehmlassungsantwort, Abschnitt Umwelt- und Klimaschutz</p>
<p>1.5.17 Kürzung der Qualitäts- und Absatzförderung</p>	<p>Zustimmung</p>	<p>Die heutige Praxis der Absatzförderung steht zum Teil im Widerspruch zu ökologischen Zielen der landwirtschaftlichen Produktionsweisen: Diese Subvention schadet z.B. der Biodiversität.</p>
<p>1.5.18 Kürzung der Finanzhilfen für Schweiz Tourismus</p>	<p>Zustimmung</p>	<p>Die Kürzung ist aus Sicht der GRÜNEN vertretbar, aber nur, wenn die Massnahme 2.33 (Regionalpolitik) korrigiert wird: Dort sollen die Fondseinlagen</p>

		vorübergehend reduziert, aber nicht ganz gestrichen werden.
1.5.19 Kürzung der Mittel von Innotour	Zustimmung	
1.5.20 Kürzung des Beitrags an die Prüfkosten Produktesicherheit	Zustimmung mit Vorbehalt	Es ist für die GRÜNEN vertretbar und begründet, dass die Nutzerinnen und Nutzer einen leicht höheren Anteil an den Prüfkosten übernehmen. Die Qualität der Prüfungen darf nicht leiden.
1.5.21 Kürzung bei EnergieSchweiz	Ablehnung	Es braucht eine weitere Stärkung von Energie Schweiz insbesondere im Bereich der Bevölkerungsinformation. Die ablehnenden Volksentscheide auf kantonaler Ebene der letzten Monate (SO, VS) nach plumpen, aber erfolgreichen Desinformationskampagnen belegen den grossen Informationsbedarf.
1.5.22 Kürzung der freiwilligen Beiträge an Europäische Weltraumorganisation (ESA) und an die übrigen internationalen Organisationen ausserhalb der IZA	Ablehnung	Diese Massnahme enthält ebenfalls eine Reduktion der Beiträge an internationale Umweltorganisationen um 5 Millionen CHF. Die GRÜNEN lehnen dies entschieden ab, da dies ein Signal an die restlichen Länder sendet, ihre Beiträge ebenfalls zu reduzieren. Dies würde dem internationalen Umweltschutz erheblich schaden. Zudem droht ein Reputationsverlust für die Schweiz.
1.5.23 Massnahmen im Eigenbereich	Ablehnung	Siehe Vernehmlassungsantwort

FRAGEBOGEN ZUR VERNEHMLASSUNGSVORLAGE VORENTWURF DES BUNDESGESETZES ÜBER DAS ENTLASTUNGSPAKET 2027

Diese Stellungnahme wurde eingereicht von:

- Kanton
- In der Bundesversammlung vertretene politische Partei
- Gesamtschweizerischer Dachverband der Gemeinden, Städte und Berggebiete
- Gesamtschweizerischer Dachverband der Wirtschaft
- Weitere interessierte Organisation
- Nicht offiziell angeschriebene Organisation / Privatperson

Absenderin oder Absender:

GRÜNE Schweiz

Allgemeine Rückmeldung

1. Befürworten Sie grundsätzlich die Zielsetzung und die Stossrichtungen (insb.: ausgabenseitige Korrekturen statt Steuererhöhungen) der Vernehmlassungsvorlage?

Ja Ja mit Vorbehalt Nein keine Stellungnahme

Anmerkungen:

Siehe Vernehmlassungsantwort

2. Weitere allgemeine Rückmeldungen zur Vernehmlassungsvorlage?

Siehe Vernehmlassungsantwort

Rückmeldung zu den Massnahmen mit Gesetzesanpassungen

Massnahme	Sind Sie mit der Massnahme einverstanden?	Bemerkungen
Verzicht auf Anschubfinanzierungen für Digitalisierungsprojekte	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Der Ausbau der Digitalisierung wurde kürzlich erst vom Parlament beschlossen. Ein Verzicht ist daher eine Missachtung des Parlamentswillens.
Verzicht auf Beitrag an das Auslandsangebot der SRG	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Die Streichung der Bundesbeiträge an das Auslandsmandat der SRG ist kurzfristig und schwächt eine seriöse Berichterstattung über die Schweiz. Diese Massnahme ist zudem eine Missachtung der Auslandschweizer*innen-Community und vernachlässigt die Ausstrahlung der Schweiz nach aussen.
Verzicht auf Entschädigungen an Einsatzbetriebe für Einsätze von Zivildienstpflichtigen	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Siehe Vernehmlassungsantwort. Der bereits stark unter Druck stehende Zivildienst wird dadurch weiter geschwächt.
Stärkung der Nutzerfinanzierung der kantonalen Hochschulen	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Siehe Vernehmlassungsantwort

Massnahme	Sind Sie mit der Massnahme einverstanden?	Bemerkungen
Verzicht auf projektgebundene Beiträge an die Hochschulen	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Siehe Vernehmlassungsantwort
Kürzung des Bundesbeitrags für Innosuisse	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Siehe Vernehmlassungsantwort
Aufhebung der Förderbestimmungen im Weiterbildungsgesetz	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Siehe Vernehmlassungsantwort
Kürzung der Berufsbildungsausgaben auf die Richtgrösse	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Siehe Vernehmlassungsantwort
Verzicht auf die Unterstützung der kantonalen französischsprachigen Schule in Bern	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Zweisprachigkeit ist ein nationales Anliegen, das durch die französischsprachigen Schulen in den Kantonen gefördert wird. Es ist daher schlüssig und wichtig, dass der Bund einen Beitrag an die kantonalen französischsprachigen Schulen zahlt.
Kürzung des Beitrags an Modellversuche im Straf- und Massnahmenvollzug auf 50 Prozent	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Kürzung der indirekten Presseförderung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein	Die Presseförderung wurde kürzlich erst vom Parlament beschlossen. Eine Kürzung bedeutet daher eine

Massnahme	Sind Sie mit der Massnahme einverstanden?	Bemerkungen
	<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Missachtung des Parlamentswillens.
Verzicht auf Beitrag Ausbildung Programmschaffende	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Professioneller Journalismus ist die vierte Gewalt einer funktionierenden Demokratie, weshalb die Ausbildung von Journalist*innen nicht vernachlässigt werden darf. Die Branche ist durch die bisherigen technologischen Entwicklungen bereits stark unter Druck geraten, was sich an einem Qualitätsrückgang in der Berichterstattung zeigt.
Verzicht auf Beiträge Verbreitung Programme in Bergregionen	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Verzicht auf Entsorgungsbeiträge	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Entflechtung zwischen Bund und AHV	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Diese Massnahme würde über kurz oder lang zu einer Erhöhung der Arbeitnehmenden- und Arbeitgebenden-Beiträge führen. Dies lehnen die GRÜNEN ab.
Dämpfung der Ausgabenentwicklung im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Siehe Vernehmlassungsantwort
Verkürzung der Abgeltungspflicht für die Globalpauschalen auf 4 Jahre	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Siehe Vernehmlassungsantwort

Massnahme	Sind Sie mit der Massnahme einverstanden?	Bemerkungen
Verzicht auf Ausbildungsbeiträge Opferhilfe	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
BIF: Kürzung der Einlagen	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Der Bedarf für den Unterhalt und den Werterhalt muss gedeckt werden. Wenn Ausbauprojekte gefördert werden sollen, dann dürfen die Einlagen nicht gekürzt werden.
Verzicht auf Förderung des grenzüberschreitenden Personenschienenverkehrs	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Die Förderung des grenzüberschreitenden Personenverkehrs wurde erst vor Kurzem im Parlament beschlossen. Diese Massnahme missachtet daher den Parlamentswillen.
Teilverzicht auf Förderung alternativer Antriebssysteme für Busse und Schiffe	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Die Förderung alternativer Antriebssysteme wurde erst vor Kurzem im Parlament beschlossen. Diese Massnahme missachtet daher den Parlamentswillen.
Verzicht auf Beiträge für automatisiertes Fahren	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Das Potenzial von automatisiertem Verkehr kann sowohl positiv als auch negativ sein. Für positive Auswirkungen benötigt es allerdings starke staatliche Regelungen (z.B. Förderung der kollektiven Nutzung).
Kürzung der allgemeinen Strassenbeiträge	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Die GRÜNEN lehnen die Gesetzesänderung so lange klar ab, wie Einsparungen beim NAF gleichbedeutend sind mit Zusatzeinnahmen der Spezialfinanzierung. Einerseits entlastet dies die Bundeskasse nicht, andererseits unterstützen die GRÜNEN keine Umleitung der Gelder, die schliesslich zu

Massnahme	Sind Sie mit der Massnahme einverstanden?	Bemerkungen
		einem vermehrten Bau von Strassen führt.
Kürzung der Bundesbeiträge an Regionalflughäfen auf Bundesinteressen	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
BAFU: Verzicht auf Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Die Förderung der Pilot- und Unterstützungsanlagen wurde erst kürzlich vom Parlament beschlossen. Ein Verzicht missachtet daher den Parlamentswillen.
Verzicht auf weitere Fondseinlagen Landschaft Schweiz	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Durch die Streichung dieser Gelder würde die Pflege einmaliger Landschaften in der Schweiz verunmöglicht werden. Dies würde die vielen Synergieeffekte in den Bereichen Landwirtschaft, Tourismus, Baugewerbe und Landwirtschaft untergraben.
Verzicht auf Förderung im Bereich Bildung und Umwelt	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Siehe Vernehmlassungsantwort
Verzicht auf Beihilfen Viehwirtschaft	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Die Beihilfen führen zu Überproduktion, was sich im Endeffekt schädlich auf das Klima auswirkt. Die GRÜNEN lehnen daher diese Massnahme ab.
Erhöhung Versteigerung Zollkontingente	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Kürzung der Landschaftsqualitätsbeiträge auf 50 Prozent	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein	Vor Kurzem hat das Parlament die Beiträge für Landschaftsqualität und Biodiversität zusammengelegt. Die

Massnahme	Sind Sie mit der Massnahme einverstanden?	Bemerkungen
	<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Kürzung betrifft also ebenfalls die Biodiversität und widerspricht dem Parlamentswillen. Zudem entsteht eine massive Kostenverschiebung an die Kantone.
Priorisierungen bei Subventionen für Klimapolitik	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Siehe Vernehmlassungsantwort
BFE: Verzicht auf Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Ein Verzicht auf die Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen erschwert die Entwicklungen im Bereich Wind- und Solarenergie, solange diese noch nicht gewinnorientiert sind.
Regionalpolitik: Verzicht auf weitere Fondseinlagen und auf Steuererleichterungen	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Die Fondseinlagen sollen nicht gestrichen werden. Eine temporäre Kürzung, bis der Fondsstand eine zu definierende Schwelle nicht unterschreitet, ist für die GRÜNEN vertretbar.
Kürzung des soziodemografischen Lastenausgleichs	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	Die GRÜNEN halten es für falsch, den Soziodemografischen Lastenausgleich tel quel zu kürzen: Die demografischen Indikatoren (SLA-A bis SLA-C) sind begründet. Hingegen soll auf den Zentrumslastenausgleich (SLA-F) ganz verzichtet werden: Für die wenigen profitierenden Kantone ist das Zentrum keine Last.
Höhere Besteuerung von Kapitalbezügen der 2. und 3. Säule	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein	

Massnahme	Sind Sie mit der Massnahme einverstanden?	Bemerkungen
	<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	
Änderung Subventionsgesetz	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Ja mit Vorbehalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme / nicht betroffen	